

**Rede
des Sprechers gegen Rechtsextremismus**

Deniz Kurku, MdL

zu TOP Nr. 35

Erste Beratung

**Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie
wahrnehmen und wirksam bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855

während der Plenarsitzung vom 26.10.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Antrag der AfD beinhaltet eine ganze Reihe von Punkten, die bereits jetzt Ziel eines Mix aus Ahndung, Sanktionen, aber auch Prävention sind. Ich frage mich: Worum geht es bei diesem Antrag der AfD eigentlich im Kern? Einer Fraktion, von der wir erst gestern sinngemäß gehört haben, Kultur müsse deutsch sein, um gefördert zu werden, die Meldeportale für Lehrerinnen und Lehrer fordert und die es hier in diesem Hohen Hause fertig-bringt - es wäre schön, wenn Sie mir zuhören würden -, in einem Satz, der sich auf eine Podiumsdiskussion in Delmenhorst bezogen hat, an der ich teilgenommen habe, vier Fehler unterzubringen. Da muss ich schon sagen: Hut ab!

Dass diese Fraktion sich jetzt hier hinstellt und sagt, sie habe Ideen, um die Demokratie zu stärken, gleichzeitig aber eine Anfrage der baden-württembergischen CDU zu dem Thema abschreibt, finde ich schon mehr als speziell - das muss ich an dieser Stelle einmal sagen.

Aber vielleicht können wir der ganzen Problematik des Abschreibens künftig Einhalt gebieten, indem man einfach mit Fußnoten arbeitet. Das macht man in der Wissenschaft, glaube ich, auch so.

Das alles soll natürlich nicht heißen, dass man sich nicht auch kritisch mit den Formen der Landesprogramme auseinandersetzen und diese nicht diskutieren darf. Wir hier im Niedersächsischen Landtag - aber auch die Regierung - befassen uns ganz genau mit den Formen des Extremismus. Man kann diese auch unterschiedlich diskutieren und unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen. Aber eines tun wir nicht: Wir legen nicht die Hände in den Schoß, wenn es um unsere Demokratie geht - das sollte Ihnen mittlerweile bekannt sein.

Die Ausweitung des 2016 aufgelegten Landesprogramms - dazu hatten Sie auch schon etwas aus-geführt - umfasst ein ganzes Bündel an unbefristeten, ressortübergreifenden Maßnahmen. Hier wird jetzt auch eine stärkere Strukturalisierung vorgenommen. Dazu gehören auch der Islamismus und der Linksextremismus.

Ich habe es eingangs schon einmal gesagt: Die Fraktionen hier diskutieren nicht erst seit dieser Legislaturperiode über den richtigen Umgang mit den Formen des Extremismus. Das wird sicherlich auch weiterhin so gemacht werden. Aber eines brauchen wir dann nicht: Wir brauchen dann nicht Leute, die beispielsweise immer mit dem Argument „Die andere Seite ist aber schlimmer!“ kommen. Das hilft uns an dieser Stelle nicht weiter.

Extremismen haben unterschiedliche Ausprägungsformen. Und ja, es gibt auch Unterschiede in den Arten der Radikalisierung. Das zeigen unterschiedliche Erklärungsmuster. Wir brauchen auch verschiedene Präventionsmaßnahmen. Aber in einem weiteren Schritt muss dann auch die Ahndung - die Verfolgung, die Sanktionierung - auf unterschiedlichen Füßen basieren. Von daher ist es nicht so, dass man sagen kann: Da passiert nichts. - Ich verstehe Sie da überhaupt nicht.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat gerade die Zahlen vorgestellt. Im Bereich des Rechtsextremismus gibt es 1.343 Taten, linksextremistische Taten sind 580 an der Zahl, und in den Bereich der ausländischen religiösen Ideologien fallen 265 Taten.

Eines muss aber auch ganz klar sein: Ein Ranking darf es an dieser Stelle nicht geben. Jede dieser Taten in Niedersachsen ist eine Tat zu viel.

Daher auch die unterschiedlichen Ansätze, und das hat nichts damit zu tun, dass hier irgendjemand auf einem Auge blind ist. Eines ist dem Linksextremismus, dem Salafismus und anderen religiösen Extremismen gemein: Sie alle richten sich insgesamt gegen unsere freiheitliche demokratische Form des Zusammenlebens. Allen Anhängern sagen wir an dieser Stelle ganz deutlich, dass wir Angriffe auf unsere Demokratie nicht dulden werden.

Es bedarf meiner Meinung nach an dieser Stelle auch keiner vertieften Diskussion darüber, wie verachtenswert Übergriffe auf Polizisten sind. Auch über das Herumstehen vor ihren Häusern oder die Bedrohung ihrer Familien brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Auch Ausschreitungen um den G20-Gipfel herum und auch Brandanschläge auf Autos von AfD-Abgeordneten gehören dazu.

Sachbeschädigungen und Personenangriffe sind durch nichts zu rechtfertigen. Das muss an dieser Stelle ganz klar sein, egal von wo sie kommen. Gefragt ist eine konsequente Strafverfolgung. Da sind wir in Niedersachsen gut aufgestellt.

In einem weiteren Schritt möchte ich aber nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch den Minister, der das immer deutlich gemacht hat - beide Minister; auch Frau Havliza als Justizministerin gehört dazu -, darum bitten, dass wir uns alle Felder gleichermaßen genau anschauen, wo was passiert, und dass wir jetzt versuchen - auch Hinblick auf die Landesprogramme -, dort entsprechend tätig zu werden.

Eines soll aber auch klar sein: Es gibt auch unheimlich viele Aussteigerprogramme. Es gibt Wohlfahrtsverbände. Viele Menschen achten auch ehrenamtlich darauf, dass Menschen nicht in diese Radikalismus-Spirale fallen. Auch dafür vielen Dank!

Mit dem Antrag verbunden ist natürlich auch die Verteilung der Mittel im Landesprogramm. Ich möchte an der Stelle auch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Antisemitismus mit aufgenommen wird. Das ist nicht nur ein Problem des Rechtsextremismus. Antisemitismus, egal von welcher Seite er kommt, darf es in Deutschland nicht mehr geben. Das ist keine Frage.

Als Sprecher meiner Fraktion gegen Extremismus sage ich auch ganz klar: Es ist kein Geheimnis, dass ich mir weitere Mittel in allen Bereichen wünschen würde. Angesichts der Zahlen müssen wir jetzt aber auch gucken, wo, in welchem Bereich wir sie am besten einsetzen. Da warte ich diese Evaluation - die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen - erst einmal ab. Wenn wir dieses Programm haben, bin ich auch froh, zu gucken, wie wir weitere Mittel - auch vom Bund - einwerben können. Nicht nur „DemokratieErleben“ ist eine Möglichkeit, es gibt auch noch viele weitere Mittel, die hier anzusprechen sind und die wir brauchen.

Wir haben es hier mit einem brandaktuellen Thema zu tun. Ich möchte eines bitte verhindern: dass wir hier eine „Das eine mehr, das andere weniger“-Debatte

führen. Wir haben Extremismusformen - das stellen uns auch alle Forscher immer wieder dar -, und diesen müssen wir entsprechend begegnen. 1,4 Millionen jährlich: Da kann man lange darüber streiten, ob das zu viel oder zu wenig ist. Es ist aber der richtige Ansatz. Ich freue mich auf die Evaluation. Wir werden es nicht nur im Fachausschuss ganz, ganz eng begleiten

Ich bedanke mich bei allen für ihre Aufmerksamkeit.